

Bürgerausschuss 14.9.06

Die Aktionsgemeinschaft Bahnhofsvorplatz und der Verein Pro Bahnhofsvorplatz Bonn haben einen Bürgerantrag zum Fortschritt der Planungen für den Bahnhofsvorplatz eingereicht. Der GA berichtete (am 13.9.06), dass nach Meinung der OB die CDU an dem Scheitern der Bebauung Schuld sei; Nein, Sie und andere Parteien haben geholfen, etwas Schlimmes zu verhindern. Aber die Bürgerwerkstatt zum Thema Bahnhofsvorplatz ist seit einem halben Jahr vorbei und solange ist die Stadt schon in der Verantwortung.

Um sie daran zu erinnern beantragen wir deshalb im 1.Punkt bis Ende 2006 den beschlossenen Zeit- und Kostenplan vorzulegen. Wenn Stillstand am Bahnhof beklagt wird, ist die Setzung einer Frist genau die richtige Massnahme.

Im Punkt 2 machen wir darauf aufmerksam, dass andere Projekte nicht dringlicher sein können als die Planungen für den Bahnhofsbereich. Deshalb müssen sie zurückgestellt werden, zumal sie die Planungen beeinflussen können.

Im Zusammenhang mit Punkt 3 unseres Antrages möchte ich an Prof.Lützeler erinnern, den bekannten Kunsthistoriker unserer Universität, an den sich die Älteren unter Ihnen sicher noch erinnern. Er schrieb 1977 im GA, also vor 29 Jahren: ‚Jetzt droht Bonn sich selbst zu zerstören‘. Heute haben wir die Chance, die Sünden von damals wieder gut zu machen. Die Eigentümer der SÜ machen mit, wenn mit ihnen zielgerichtet verhandelt wird.

Wir sind uns bewusst, dass SÜ und Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes keine einfachen Aufgaben sind, deshalb beantragen wir in Punkt 4 auch andere Investoren zu Wort kommen zu lassen. Allerdings darf das nicht zu einem Projekt führen, das man ‚Brune-Projekt‘ nennen könnte. In dieser Meldung hier (ECE) können Sie nämlich lesen, dass Brune sein gesamtes Portfolio an Meryll-Lynch verkauft hat, einem Globalplayer, dessen Verantwortung für unsere Stadt Bonn sicher auf die Rendite reduziert ist. Die gleiche Warnung dürfte auch bei andern Grossprojekten der Stadt notwendig sein.

Bei Punkt 5 schliesslich hat unser Antrag vom 31.7.06 am 22.8. offensichtlich zu einer Reaktion des Amtes 61 geführt (DS 0612332). Sie ist ganz in unserm Sinne und wird deshalb begrüsst. Man kann nur hoffen, dass der Hauptausschuss am 19.10. den Massnahmen zustimmt.

Meine Damen und Herren, sollten Sie sich nicht entschliessen können, unserm Antrag insgesamt zuzustimmen, beantrage ich hiermit Einzelabstimmung.